

nach 1945 systematisch hoch* gerüstet worden.

Zur Verschleierung ihrer Kriegspolitik werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Richtig ist erstens, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen. Richtig ist zweitens, daß die Spannungen in Deutschland ihre Ursachen nicht im Bestehen zweier deutscher Staaten haben; denn von einem einheitlichen Deutschland gingen eben jene zwei Weltkriege aus.

Die Ursachen der Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten liegen im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen westdeutschen Kapitalismus, im aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus, sie liegen in der Bonner-Revanchepolitik, im Ablehnen jeder Verständigung mit der DDR.

Zu den Kochrezepten imperialistischer Kriegsvorbereitung, nach denen in der Bonner Küche ständig mit raffiniert dosierten Zutaten gearbeitet wird, gehört es, die Bevölkerung an den Gedanken eines Krieges zu gewöhnen. Das geht von der Propaganda für die „eindrucksvolle“ Kriegführung der USA in Vietnam bis zum rührseligen Aufkochen der „tapferen Taten deutscher Landser“ bei den „Siegessägen“ während des zweiten Weltkrieges. Dazu gehört die in Bunkergemeinschaft zwischen rechten SPD-Führern und CDU-Vertretern durchgeführte Kriegsübung „Fallex 66“, dazu gehört das größte Nachkriegsmanöver der westdeutschen Bundeswehr „Panthersprung“, das den Anspruch der Bonner Bundeswehr auf Ausrüstung mit Atomwaffen nachweisen soll. Eine andere Vari-

ante ist der Gesinnungsterror gegen die Kommunistische Partei und andere Friedenskämpfer, der schon lange vor dem KPD-Verbot begann, sowie das Vorgehen gegen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, wozu nicht zuletzt die Notstandsgesetze weitere Handhaben bieten sollen.

Die Aufrüstung Westdeutschlands bis an den Rand der

Atomrüstung ist mit dem zur Bonner Staatspolitik gewordenen Antikommunismus begründet worden. Trotz der immer zahlreicher und lauter werdenden Stimmen der Vernunft soll die Lüge glaubhaft gemacht werden, daß die sozialistischen Staaten ihre militärischen Kräfte stärken, um eines Tages über „die kleine Bundesrepublik“ herzufallen.

Sozialismus und Frieden — eine Einheit

Die Werktätigen Westdeutschlands sollen vor allem deshalb die dem Imperialismus innewohnenden Kriegsursachen nicht erkennen, weil diese Erkenntnis zur entscheidenden Grundfrage führt: Die Ursache liegt im gesellschaftlichen System. Gerade daraus wird deutlich, daß jede Waffe eines imperialistischen Staates gegen Frieden und Sicherheit, gegen das Leben gerichtet ist, daß aber Waffen in den Händen der sozialistischen Staaten Waffen zum Schutz des Friedens, zum Schutze des Lebens sind. Sozialismus und Frieden sind eine Einheit, weil im Sozialismus die sozialen Ursachen für das Entstehen von Kriegen beseitigt sind.

Im Willen, im Kampf und in der Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden zu erringen, treffen sich unsere obersten Lebensinteressen mit denen der westdeutschen Werktätigen. Zahlreiche Vorschläge unserer Partei und unserer Regierung sind gemacht worden, um durch Verständigung und Entspannung den Frieden in Europa zu gewährleisten. Auf dem 14. Plenum des ZK und in seiner Neujahrsbotschaft hat sich Genosse Walter Ulbricht erneut an die westdeutsche

Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, an die Bauern, die Intelligenz, an die Jugend, die Frauen und die fortschrittlichen Kräfte der Bourgeoisie in Westdeutschland mit Vorschlägen zur Verständigung über ein Minimalprogramm gewandt. Diese Vorschläge werden verbunden mit einer Aufforderung an alle Bürger Westdeutschlands, mit uns und allen anderen friedliebenden Kräften in der Welt der bestialischen USA-Aggression gegen das tapfere vietnamesische Volk und seiner Unterstützung durch den Bonner Staat Einhalt zu gebieten; denn nicht zuletzt dadurch sind Frieden und Sicherheit in Europa gefährdet.

In unserer Republik sind die Werktätigen aller Schichten von dem Willen beseelt, alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Wir tun das Beste dafür, indem wir den schweren Kampf der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland vor allem dadurch unterstützen, daß wir unsere DDR in Vorbereitung des VII. Parteitages politisch, ökonomisch, kulturell und militärisch weiter stärken und festigen.

Dr. Karl-Heinz Arnold